

Rede des Regionalverbandsdirektors zum Haushalt 2025

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute legt Ihnen die Verwaltung den Haushaltsentwurf 2025 zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung vor.

Der Haushalt 2025 umfasst ein Volumen von rund 723 Mio. Euro. Nach Abzug der Schlüsselzuweisungen des Landes und weiteren Einnahmen verbleiben rund 310 Mio., die wir über die Umlage der Städte und Gemeinden finanzieren. Die Umlage steigt um 15 Millionen Euro!

Das entspricht einem Umlagesatz von 53,8%. Somit müssen die Städte und Gemeinden rund die Hälfte ihrer Steuereinnahmen für die Unterstützung des Regionalverbandes Saarbrücken aufwenden. Das ist – gemessen an der Finanzkraft unserer Gemeinden im Grunde genommen viel zu viel. Das haben am Freitag kommunale Vertreter im Kooperationsrat deutlich gemacht.

Und es ist ein schwacher Trost, dass die Umlage in allen Landkreisen in die Höhe schießt, bspw. in:

Landkreis Saarlouis: um 23 Mio auf 54%

Landkreis St. Wendel: um 15 Mio auf 59 %

Landkreis Merzig-Wadern: um 10 Mio auf 65%

Auch wenn wir seit einigen Tagen wissen, dass wir rund 2 Millionen mehr Schlüsselzuweisungen erhalten, als ursprünglich berechnet, ändert das wenig an der belastenden Finanzsituation.

Aus diesen Gründen sind wir gehalten, in unseren Ausgaben immer Rücksicht auf die Finanznot der Städte und Gemeinden zu nehmen. Vieles von dem, was wünschenswert und sinnvoll wäre, ist einfach nicht zu finanzieren.

Zum weitaus größten Teil aber bestehen unsere Aufwendungen aus den Pflichtleistungen für die soziale Sicherung, die wir nach gesetzlicher Vorgabe auszahlen **müssen**. Bspw. bei den Kosten der Unterkunft (KdU) der Hilfe zur Pflege oder der Grundsicherung im Alter haben wir keinerlei Spielräume für Abweichungen nach unten.

Und bei den nicht unabweisbaren (freiwilligen) Aufgaben bleiben wir gerade wegen der gebotenen Rücksichtnahme auf die Städte und Gemeinden rund eine halbe Million Euro unterhalb der gesetzlich festgelegten Obergrenze.

Nach meiner festen Überzeugung gibt es nur eine Möglichkeit, aus der finanziellen Notlage herauszukommen: Bund und Land müssen den Regionalverband und seine Städte und Gemeinden endlich mit den für die ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben angemessenen Finanzmitteln ausstatten!

Meine Damen und Herren,

wir dürfen uns auf der anderen Seite auch nicht nur auf etwa die Auszahlung von Grundsicherungsleistungen beschränken.

Neben den gesetzlich festgelegten Leistungen haben wir auch gestalterische Aufgaben. Ich möchte nur drei davon nennen:

So fördert der Regionalverband Saarbrücken mittlerweile zwanzig Projekte der sozialraumorientierten Seniorenarbeit. Mit Angeboten zur gemeinsamen Freizeitgestaltung, Bewegung, Gedächtnis- und Entspannungstraining sowie Vorträge zu Krankheitsprävention und gesunder Ernährung.

Je fitter die alten Menschen bleiben,
je besser ihre sozialen Kontakte sind,
desto geringer ist die Gefahr pflegebedürftig zu werden.

Unsere Jugendzentren und Jugendtreffs wiederum sind eine gut nachgefragte soziale Infrastruktur für viele junge Menschen. Hier können sie Teilhabe und Zugehörigkeit erleben, werden zu Mitbestimmung und Mitgestaltung herausgefordert, können sich kulturell verwirklichen, Begleitung auf dem Weg des Erwachsenwerdens erhalten und auf Frei- und Experimentierräume zurückgreifen. Das Angebot der Jugendzentren ist insbesondere für die jungen Menschen wichtig, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind. Für viele sind die Jugendzentren oft das zweite Zuhause, der Ort, wo sie erwachsene Ansprechpartnerinnen und -partner finden, die ihnen sonst in ihren sozialen Netzwerken eher fehlen. Und leider immer häufiger auch der Ort, wo sie eine warme Mahlzeit bekommen können.

Die Gemeinwesenarbeit im Regionalverband kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Seit 1974 haben sich aus verschiedenen Stadtteilen heraus 14 GWA-Projekte entwickelt. Die GWA dient für Menschen, die meist mehrfach von Problemen betroffen sind, als niedrigschwellige Erstberatungsstelle vor Ort in den benachteiligten Stadtteilen. Vor allem soll die Handlungsfähigkeit der oft benachteiligten Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere verbessert werden.

Gerade ältere Menschen werden auch durch klimabedingte Hitzewellen in besonderer Weise herausgefordert bis hin zu Gefahr für Leib und Leben. Als Modellprojekt gestartet, arbeiten seit 2024 das Gesundheitsamt und Standorte der GWA in einer Arbeitsgruppe zusammen, um Bürgerinnen und Bürger für das Thema Hitzeprävention niedrigschwellig zu sensibilisieren.

Das sind nur drei Beispiele, die belegen, dass wir die soziale Situation in unsere Region nicht nur verwalten. Wir gestalten mit, um die Lebenssituation der Menschen – gerade derjenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen - nachhaltig zu verbessern. Präventiv wirkende Angebote, die dabei helfen, dass Menschen in ihrem Leben besser klar kommen und vielleicht nicht öffentliche Zahlungen in Anspruch nehmen müssen.

Schulen

Es ist eine wesentliche Aufgabe der öffentlichen Hand, für eine funktionierende Infrastruktur zu sorgen. Im Sinne von Generationengerechtigkeit werden zukunftssträchtige, nachhaltige Investitionen per Kredit finanziert. Wir haben eine riesige **Investitions-offensive** gestartet nehmen im nächsten Jahr rund 108 Millionen Euro Kredite auf. Wir wollen 79 Millionen Euro in unsere Schulgebäude und 12,5 Millionen Euro in neue Kindertageseinrichtungen investieren.

Damit Sie sich ein Bild über die umfangreichen Maßnahmen machen können, möchte ich die größten hervorheben.

Für das BBZ Völklingen sind insgesamt 53 Millionen vorgesehen, davon 11 Millionen Euro im nächsten Jahr. Die gleiche Summe fließt in den Erweiterungsbau der Gemeinschaftsschulen in Völklingen; Es folgt die Gemeinschaftsschule Quierschied, wo wir für Sanierung und Erweiterung 8 Millionen aufwenden. Weitere Millionensummen fließen in den Neubau am BBZ Mügelsberg (4,5 Millionen), in den Neubau am Warndtgymnasium (5 Millionen) und in die Förderschule Jägersfreude (3 Millionen).

Für den Bildungscampus Füllengarten wollen gemeinsam mit der Landeshauptstadt einen Architektenwettbewerb ausloben. LHS und RVS werden dort mehr als 100 Millionen investieren!

Und schließlich die Europäische Schule: In das Gebäude der Paul-Schmook-Schule investieren wir im nächsten Jahr Fünf Millionen Euro in einen Erweiterungsbau. Die Schule wird aber so gut nachgefragt, dass der Standort auf Dauer zu klein wird. Daher müssen sich Regionalverband, Landeshauptstadt und Land sehr schnell auf einen Endstandort einigen und dort erneut investieren!

Weitere Schwerpunkte liegen in Investitionen in den Klimaschutz: Fassadensanierung und Wärmedämmung, Erneuerung der Heizungsanlagen und innovativer Wärmeversorgung sowie Fahrradabstellanlagen, um Schülern und Lehrerinnen die Anfahrt mit dem Fahrrad zu erleichtern. Und wir investieren in neue Beleuchtungssysteme in den Schulen, im Saarbrücker Schloss, im Historischen Museum.

Und wir investieren in unser innovatives Solarkataster und zusätzliche Photovoltaikanlagen. Wir betreiben bereits 15 eigene PV-Anlagen mit über 600kwp überwiegend auf Schulgebäuden. In den nächsten Jahren kommen 400kwp hinzu.

So verbrauchen wir nicht nur weniger Energie, wir erzeugen auch Energie. Und sparen am Ende auch noch Geld.

Meine Damen und Herren,

So dynamisch sich unsere Welt verändert, so müssen es auch unsere Bildungseinrichtungen tun.

Vor 15 Jahren gab es in den meisten Schulgebäuden ein bis zwei EDV-Räume, alle Klassenräume hatten Kreidetafeln. Heute verfügt jeder über eine digitale Tafel, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler verfügen über Laptops oder Tablets.

Mit Hilfe des Digitalpaktes der Bundesregierung wurden unsere Schulen für über 15 Millionen Euro digitalisiert, die letzten Arbeiten enden in diesen Tagen. Aber auch in der Zukunft wird es in diesem Bereich erheblicher Investitionen bedürfen. Deshalb ist es eine gute Nachricht, dass sich Bundesregierung und Länder auf eine Anschlussfinanzierung für einen neuen Digitalpakt 2.0 geeinigt haben. Ich appelliere an den deutschen Bundestag, dieser Einigung zuzustimmen!

Gleichzeitig ist das auch ein Programm für die soziale Gleichstellung aller Kinder. Wir wissen aus vielen Studien, dass sich strukturelle soziale Benachteiligung in bestimmten Gruppen der Gesellschaft auch in der Schule fortsetzt. Dort muss es unser Anspruch sein, dass

alle Kinder gleiche Chancen auf einen positiven Bildungsweg haben. Dazu gehört heute auch, dass alle Kinder über ein Tablet verfügen.

Und wir wissen auch, dass Kinder in einer Gebundenen Ganztagschule besser gefördert werden können. Von Beginn meiner Amtszeit an habe ich mich für die Einrichtung Gebundener Ganztagschulen eingesetzt.

So ging im Regionalverband im Jahre 2011 die erste Gebundene Ganztagschule auf der Bellevue an den Start. Weitere Standorte in Völklingen, am Ludwigspark, in Quierschied und die Europäische Schule in Malstatt folgten. Die Gemeinschaftsschule Püttlingen wird ab dem nächsten Schuljahr der 6. Standort. Zu guter Letzt soll auch die neue Schule im Füllengarten eine gebundene Ganztagschule sein.

Jugendhilfe

Der Ausbau des Platzangebotes der Kindertagesbetreuung hat im Verlauf dieses Jahres deutlich Fahrt aufgenommen. Im Regionalverband wurden 2024 mehrere neue Kitas und Erweiterungsbauten in Betrieb genommen u. a. in Brebach, in Riegelsberg oder in Völklingen.

Und es geht weiter: Bereits im ersten Halbjahr 2025 werden fünf weitere Kitas ihre Pforten öffnen: In Klarenthal, in der Stadtmitte Saarbrückens, in Dudweiler, die integrative Kita in Malstatt sowie der Ersatzneubau der Kita in Altenkessel. Bis Ende 2025 sollen 34 neue Gruppen mit ca. 950 Plätzen geschaffen werden. Das bedeutet aber auch für die Personalkostenzuschüsse des Jugendamtes eine Steigerung von ungefähr 10 %.

Das sieht sehr gut aus, gerade im Bereich der Ü3-Betreuung. Bei den Krippenplätzen haben wir noch großen Nachholbedarf.

Im bundesweiten Durchschnitt liegt der Bedarf an Krippenplätzen mittlerweile bei 49,1%. Hier müssen weitere Investitionen in Form von Neubauten erfolgen.

Hier haben wir erheblichen Nachholbedarf!

Neu ist der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung an Grundschulen ab dem Jahr 2026. Sowohl für uns als zuständige Planungs- und Koordinationsinstanz als auch für die Städte und Gemeinden wird das eine gewaltige Kraftanstrengung!

Derzeit gehen wir von 2.500 fehlenden Plätzen aus. Da zur Zeit etwa 62% der Kinder ein Angebot in der Nachmittagsbetreuung nutzen, der prognostizierte Bedarf sich jedoch auf mindestens 80% belaufen wird, brauchen wir auch hier weitere Investitionen um diesen Bedarf decken zu können.

Jedoch setzt sich der bereits vor einigen Jahren begonnene Fachkräftemangel weiter fort und zieht sich durch alle Bereiche der frühkindlichen Bildung. Die Folgen dieser Situation sind teilweise drastische Reduzierungen der Öffnungszeiten bzw. geschlossene Gruppen, im schlimmsten Fall neu errichtete Kindertageseinrichtungen, die nicht voll belegt werden können.

Soziales

Meine Damen und Herren,

mit den Auswirkungen der großen gesellschaftlichen Umbrüche - Demographie, Migration, Energie - und Wirtschaftsprobleme - sind unsere Fachdienste im sozialen Bereich sehr stark konfrontiert. Wir sehen im Sozialamt eine Erhöhung der Fallzahlen in der Grundsicherung für alte Menschen, eine Erhöhung der Regelsätze und einen Anstieg der Kosten der Unterkunft, vor allem der Energiekosten.

Seit 2023 ist wieder ein kontinuierlicher Fallzahl- und Kostenanstieg bei der Hilfe zur Pflege zu erkennen. Das liegt zum Teil an allgemeinen Tarifierhöhungen und Lohnangleichungen der privaten Pflegedienste an bestehende Tarifverträge.

Noch stärker werden die Kosten in der stationären Pflege steigen: Wegen einer gesetzlich besseren Personalausstattung und der Erhöhung des Umlagebetrages für die Ausbildung der Pflegefachkräfte ist auch mit höheren Kosten pro Leistungsfall zu rechnen. Aufgrund des demografischen Wandels sowie einer erkennbaren Fallverlagerung vom ambulanten in den stationären Bereich ist zusätzlich in der stationären Pflege ein Fallzahlenanstieg zu erwarten.

Bei den Leistungen für Asylbewerber zeigt sich, dass die weltpolitische Lage, die zur Flucht von Menschen führt, nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine wirtschaftliche Herausforderung ist.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine stieg die Zahl der Leistungsfälle nach dem Asylbewerberleistungsgesetz drastisch an. Waren es zu Beginn des Jahres 2022 noch ca. 330 laufende Leistungsfälle pro Monat, so sind es in 2024 nunmehr durchschnittlich 880 monatliche Leistungsfälle. Auch fast drei Jahre nach Kriegsbeginn sind es nach wie vor monatlich rund 90 Ukrainerinnen und Ukrainer die hier Schutz suchen.

Den veränderten Fallgestaltungen in Kombination mit einer hohen Fluktuation begegneten wir im Sozialamt organisatorischen und strukturellen Veränderungen.

Das neu eingeführte Rückrufticketsystem verbessert die Erreichbarkeit des Sozialamtes deutlich. Dank der terminierten Beratung für persönlich vorschprechende Kunden ist ein Termin in der Regel binnen drei Tagen möglich.

2025 steht die Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber an und die Einrichtung eines Online Sozialambtbüros. Dieses ermöglicht insbesondere Personen mit eingeschränkter Mobilität virtuelle Termine wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren,
gerade im Sozialamt lohnt sich ein Blick auf die Entwicklung unseres Personalkörpers im Vergleich zu den Fallzahlen in den letzten Jahren. Als ich 2009 hier anfing hatten im Sozialamt 102 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine durchschnittliche monatliche Fallzahl von 2775 zu bearbeiten. Heute bearbeiten 186 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 11.647 Fälle im Monat, einem Zuwachs von Personal von 45% steht also eine Vervierfachung der Fallzahlen gegenüber. So haben sich die monatlichen Fallzahlen bei der ambulanten Hilfe zur Pflege von 397 auf 1.062 verdreifacht, in der stationären Hilfe zur Pflege sind sie von 260 auf 1.711 auf das siebenfache und im Asylbewerberleistungsgesetz von 37 auf 925 auf das 25-fache gestiegen!

Beim Personal hingegen haben wir nur eine Steigerung um 45%!

Das ist nur möglich durch eine bessere Digitalisierung, durch permanente Effizienzsteigerungen und mit hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern! Danke sehr!

Jobcenter

Meine Damen und Herren,
leider gelingen angesichts der wirtschaftlichen Lage in diesem Jahr weniger Integrationen in Arbeit oder Selbständigkeit als im Jahr 2023. Auch im Jahr 2025 wird sich dieser Trend voraussichtlich fortsetzen.

Zudem befinden sich Zweidrittel der Menschen im SGB II schon länger als fünf Jahre im Leistungsbezug. Für sie ist es sehr schwer, Arbeit zu finden.

Für diese Menschen haben wir mit dem Teilhabechancengesetz die Möglichkeit, sie durch längerfristige Förderung von Arbeitsverhältnissen wieder am Arbeitsleben teilhaben zu lassen. Derzeit bestehen rund 370 Arbeitsverhältnisse für Menschen, die sechs Jahre und länger im Bezug waren. Der Regionalverband hat die Attraktivität der Förderung für Arbeitgeber dadurch erhöht, dass er eine Co-Finanzierung ermöglicht hat.

Seit einem Jahr gibt es den Jobturbo für eine schnelle Integration von Geflüchteten aus der Ukraine und den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern in den Arbeitsmarkt. Bis September wurden 3.000 Integrationskursabsolventinnen und -absolventen im Rahmen einer engen Kontaktdichte nach Beschäftigungsmöglichkeiten angesprochen.

3.164 geflüchtete Kundinnen und Kunden wurden durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert. Insgesamt haben dann bis Ende September 420 Ukrainerinnen und Ukrainer und 1.068 Geflüchtete aus den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen, nicht nur in der Reinigung, Küche, Verkauf und in der Gastronomie - auch im Gesundheits- und Erziehungssektor.

Das Jobcenter wird im Jahr 2025 aber mit erheblichen Mittelkürzungen im Vergleich zu diesem Jahr zu kämpfen haben (-9,3%). Dies ist in Bezug auf die Integration der ukrainischen Geflüchteten wie der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt eine besondere Herausforderung.

Gesundheit

Das Gesundheitsamt, meine Damen und Herren, haben wir schon während der kräftezehrenden Corona Pandemie deutlich modernisiert. Mit Hilfe des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst konnten wir über Gelder des Bundes vor allem die digitale und personelle Ausstattung wesentlich verbessern.

Eine zentrale Aufgabe des Gesundheitsamtes ist der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren.

2024 erfolgten eine Vielzahl von Hygienekontrollen in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Kindertagesstätten und Bädern.

Und es wurden mehr als 3000 Ermittlungen zu Infektionskrankheiten eingeleitet.

Es gab nämlich in diesem Jahr eine Vielzahl hochansteckender und lebensbedrohlicher Infektionskrankheiten, die in dieser Art und Häufung seit Jahren nicht beobachtet werden konnten.

All dies steht durchaus im Zusammenhang mit den Folgen des Klimawandels. So entdeckten wir erstmals in der Stadt Saarbrücken die eingewanderte asiatische Tigermücke. Erstmal nicht gefährlich; erst wenn sie Personen mit Gelbfieber oder Dengue-Fieber sticht und die Krankheit überträgt.

Regionalentwicklung

Meine Damen und Herren,
mit unserem Fachdienst Regionalentwicklung und Planung nehmen wir positiven Einfluss auf den Lebensraum, die Arbeitswelt und das Freizeitangebot in den Kommunen des Regionalverbands.

Im Bereich der Flächennutzungsplanung stehen in 2025 einige dicke Brocken an: die Ausweisung neuer Windenergiegebiete und eine neue Freiflächenuntersuchung für Photovoltaik.

Mehr denn je müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um unsere Wirtschaft zu unterstützen.

Seit 2018 geht die Wirtschaftsförderung im Regionalverband einen besonderen, unkonventionellen Weg: Mit der Gründung des Vereins „Wirtschaftsregion Saarbrücken e.V.“ konnten Interessen der regional ansässigen Unternehmen in unsere Wirtschaftsförderungsstrategien einbezogen werden. Die mittlerweile knapp 140 Mitglieder aus Wirtschaft, Kreditwirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung gestalten seitdem gemeinsam die Ausrichtung unserer Wirtschaftsförderung.

Aus dieser Struktur ist z. B. im November erstmals eine überregional bedeutsame Kongressmesse entstanden mit fast 100 Unternehmen aus der IT-Branche. Außerdem konnten wir uns aus durch die „Wirtschaftsregion Saarbrücken“ in einem Bundeswettbewerb durchsetzen. Unser Auftrag besteht darin, eine Arbeitskräftesicherungsstrategie für unsere Region auszuarbeiten.

Entscheidender Wirtschaftsfaktor für unsere Region ist für mich aber ganz klar unsere Grenzlage. Daher haben wir in den vergangenen Monaten auch grenzüberschreitende Unternehmensnetzwerke aufgebaut, damit sich Unternehmen auch über die deutsch-französischen Grenze hinweg bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen unterstützen.

Eng verbunden mit der Wirtschaftsförderung ist bei uns der Bereich Tourismus. Tourismus ist ein bedeutender zukunftsfähiger Wirtschaftsfaktor geworden, das haben wir richtig erkannt:

Aufgrund unserer erfolgreichen Tourismus-Förderung zählten wir 2023 760.000 Übernachtungen. Das übertrifft alle bisherigen Ergebnisse. Im ersten Halbjahr 2024 hatten wir wiederum eine Steigerung der Übernachtungszahlen um 6,5% zum Vorjahreszeitraum, sodass wir davon ausgehen können, dass das Ergebnis von 2023 in diesem Jahr nochmals übertroffen wird.

Im kommenden Jahr steht insbesondere die Fortführung der Tourismusstrategie Region und Landeshauptstadt Saarbrücken an. Dabei bauen wir auf den Erfolgen der letzten Jahre auf.

Der deutsch-französische Grenzraum ist für viele Menschen sehr interessant: Gutes Essen, französisches Flair, Aktivurlaub mit Wandern, Fahrradfahren und Kulturgenuss ziehen viele Menschen an. Daher werden wir als nächstes das deutsch-französische Fahrradnetz gemeinsam mit dem Eurodistrict SaarMoselle ausbauen.

Federführend war der FD 60 gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Pressereferats bei den Aktivitäten rund um das 50jährige Jubiläum des Regionalverbandes tätig. Ich erinnere an gelungene Veranstaltungen, wie den Festakt im April, das grandiose Bürgerfest am wahrscheinlich heißesten Tag des Jahres im September oder die Rundgänge in den Gemeinden gemeinsam mit unserer Volkshochschule. Dafür meinen herzlichen Dank!

Volkshochschule

Apropos Volkshochschule. Unsere Volkshochschule genießt zu Recht den Ruf als zentrale Weiterbildungsinstitution für alle – vielfältig, offen und sozial. Neben Anpassungsqualifikationen für das berufliche Profil und den Arbeitsmarkt vermittelt sie mit ihrem vielfältigen Angebot auch Kompetenzen, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Persönlichkeit weiterentwickeln und neue Lernerfahrungen machen.

Als größte Einrichtung der allgemeinen Weiterbildung im südwestdeutschen Raum verfügt sie über 10 Außenstellen und Örtliche Volkshochschulen im Regionalverband Saarbrücken. Die vhs erreicht jährlich mit ihren Kursen, Vorträgen, Exkursionen sowie Einzelveranstaltungen über 70.000 Teilnehmende.

Besonders hervorheben möchte ich den fast komplett neue Themenschwerpunkt Natur und Nachhaltigkeit mit über 200 Angeboten. Auch das ein Beitrag zum Klimaschutz!

Liebe Frau Dr. Lehberger, Sie und Ihr Team haben unsere Volkshochschule in den letzten 7 Jahren sehr stark weiterentwickelt. Dafür danke ich Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr!

Meine Damen und Herren,
ich habe heute viel über die Digitalisierung von Bildung und Verwaltung gesprochen.

Aber unsere wichtigste Ressource sind die Menschen, unser gut ausgebildetes und engagiertes Personal. Eine Ressource, die natürlich kostet. 102 Millionen Euro werden wir für den Personalkörper des Regionalverbandes aufwenden.

Im Stellenplan des Regionalverbandes Saarbrücken sind für das Jahr 2025 insgesamt 1.535 Planstellen und damit 55 mehr als 2024 ausgewiesen.

Ein wesentlicher Teil des Personalzuwachses ergab sich aus einem konstant hohen Anstieg von Fallzahlen insbesondere im Bereich des Sozial- und Jugendamtes.

Auch erfordert der Digitalisierungsbedarf in den regionalverbandsangehörigen Schulen und in der Verwaltung mehr Personal in der IT.

Für die Kommunalen Arbeitgeber finanziell schwer zu verkraften ist der Tarifabschluss 2023. Historisch betrachtet handelte es sich um den teuersten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst nach Kriegsende.

Das ist eine gewaltige Herausforderung. Aber das müssen uns unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wert sein.

Meine Damen und Herren,

Ich glaube ich konnte einige Punkte aufzeigen, mit denen wir als Regionalverband Saarbrücken in Zeiten der Krisen auch Stabilität, Unterstützung und Orientierung bieten können. Mit Ihrer Hilfe wird das auch im nächsten Jahr gelingen.

Ich möchte mich abschließend bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Vielen Dank für Ihren Einsatz für den Regionalverband Saarbrücken. Ein besonderer Dank geht stellvertretend an die Dezernenten Eva-Maria Lehne-Bernd, Kerstin Theobald und Eric Haßdenteufel, sowie an die ehrenamtlichen Beigeordneten, die mich in meiner Arbeit unterstützen.

Die Beratung des diesjährigen Haushaltes erfolgte in gewohnt sachlicher Atmosphäre. Die Zusammenarbeit in den politischen Gremien war geprägt von Fairness und gegenseitigem Respekt. Dafür möchte ich mich auch bei Ihnen und bei den Mitarbeitenden der Kämmerei bedanken.

Meine Damen und Herren, die Daten des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2025 liegen ihnen schriftlich vor. Auf der Grundlage dieser Zahlen bitte ich Sie die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, das Investitionsprogramm 2025 - 2028 und den Stellenplan für 2025 entsprechend zu beschließen.